



VSA:

Thomas Sablowski/Peter Wahl (Hrsg.)

Europäische Integration in der multiplen Krise

**Zukunftsaussichten der
Europäischen Union**

Thomas Sablowski/Peter Wahl (Hrsg.)
Europäische Integration in der multiplen Krise

Thomas Sablowski/Peter Wahl (Hrsg.)
Europäische Integration in der multiplen Krise
Zukunftsaussichten der Europäischen Union

www.vsa-verlag.de

Die Drucklegung wird finanziell gefördert
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

© VSA: Verlag 2024, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Umschlagsgrafik: Banksy does Brexit (Flickr-Foto)
Alle Rechte vorbehalten
Druck- und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck
ISBN 978-3-96488-209-7

Inhalt

Einleitung	7
Thomas Sablowski Der Kapitalismus in der EU seit der Finanzkrise von 2007–2008	9
Kontinuitäten und Brüche	
Peter Wahl Zwischen Wollen und Können	
Der Anspruch der EU auf Weltmachtstatus	22
Hans-Jürgen Bieling Die EU in der neuen globalen Geoökonomie	35
Zum Charakter des neuen europäischen Staatsinterventionismus	
Jürgen Wagner Die Militarisierung der EU	47
Zwischen Vasallentum und autonomer Großmacht	
Birgit Mahnkopf Die blockierte Transformation	60
Zur Kritik des »European Green Deal« und der geopolitischen EU	
Uwe Witt Der European Green Deal und das »Fit for 55«-Paket der EU	72
Plädoyer für eine differenzierte Bewertung	
Ingar Solty Schulter an Schulter im Ukrainekrieg mit den USA	85
Zur Kongruenz, Teilkongruenz oder Divergenz der Interessen im transatlantischen Verhältnis	
Felix Syrovatka	99
Aktuelle Entwicklungen in der EU-Arbeitspolitik	99
Klaus Dräger EU: Zwischen Supranationalisierung und Desintegration ...	112
Andreas Bohne/Boniface Mabanza Europe first – Afrika unter »ferner liefern«	123
Zur gegenwärtigen »Afrikapolitik« der Europäischen Union	

Jörg Kronauer	
Sanktionen: scharfe Waffe im Wirtschaftskrieg oder Blindgänger?	135
Möglichkeiten und Grenzen von Sanktionen in der globalisierten Wirtschaft	
Judith Dellheim	
Europapolitische Strategien herrschender und oppositioneller Kräfte	149
Cornelia Hildebrandt	
Die europäischen Linksparteien in der Zeitenwende	162
Linke Europapolitik – drei Fragen, drei Antworten	173
Ein Streitgespräch mit Heinz Bierbaum, Thies Gleiss und Daphne Weber	
Autorinnen und Autoren	188

Einleitung

Die Wahlen zum Europaparlament 2024 finden in einer äußerst angespannten Situation statt. Die Kriege in der Ukraine und in Nahost, die Umbrüche und Ungewissheiten im internationalen System, Umweltkatastrophen, tektonische Verschiebungen in gesellschaftlicher und Alltagskultur, die Pandemie, sowie atemberaubende, disruptive Veränderungen im Technologiebereich – all das hat zusammengenommen ein Krisenknäuel erzeugt, das sehr viele Menschen verunsichert. Instabilität der politischen Systeme in vielen Mitgliedsländern ist die Folge, oft einhergehend mit einem generellen Rechtsruck, und an der Spitze des Eisbergs der Aufstieg rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien. Die Problemlösungsfähigkeit der Politik schrumpft, und es wächst das Risiko von Kontrollverlusten.

Die EU ist von diesen Problemen in höherem Maße betroffen als Nationalstaaten, etwa die USA oder China, da ihre Handlungsfähigkeit angesichts der Komplexität und Prekarität ihrer Strukturen und Verfahren sehr viel geringer ist.

In solch turbulenten Zeiten kommt den Wahlen größere Bedeutung zu als sonst, auch wenn das Europaparlament kein vollwertiges Parlament ist. So fehlt ihm bekanntlich das vornehmste Recht einer demokratischen Volksvertretung, das Recht zu Gesetzesinitiativen. Und auch das Prinzip *Ein Mensch eine Stimme* existiert nicht, solange ein deutscher Parlamentssitz zehnmal mehr Stimmen erfordert als ein maltesischer.

Teil der kritischen Lage ist die Schwäche der gesellschaftlichen Linken, die mit wenigen Ausnahmen von inneren Konflikten und Spaltungen heimge-sucht wird. Seit die griechische Linksregierung in der Eurokrise 2015 gegen Schäuble-Brüssel eine dramatische Niederlage hinnehmen musste, führt die Linke auch kaum noch europapolitische Debatten.

Mit dem vorliegenden Band versuchen wir, einen Beitrag dazu zu leisten, wieder mehr Diskussionen über europapolitische Grundfragen anzustoßen. Das erscheint uns umso dringlicher, als es in den zurückliegenden Jahren zu bedeutenden Veränderungen in der Politik der EU kam. An der Spitze stehen dabei zwei Prozesse:

- Die Erosionserscheinungen des neoliberalen Leitbildes, die mit dem Finanzcrash 2008 und der Bankenrettung begannen und der Rückgriff auf zunehmenden Staatsinterventionismus im Krisenmanagement, wie er in der Eurokrise mit den spektakulären Rettungsmaßnahmen der EZB für hoch verschuldete Mitgliedsländer zum Ausdruck kommt. Danach waren die Pandemie, der Druck zur Dekarbonisierung weitere Anlässe für poli-

tische Lenkungsmaßnahmen und Eingriffe in die Wirtschaft. Eine große Rolle spielt dabei der sog. Green Deal. Aktuell häufen sich die industriepolitischen und protektionistischen Maßnahmen, die allesamt dem neoliberalen Lehrbuch diametral widersprechen. Die Frage stellt sich daher, ob eine Abkehr von der neoliberalen Verfasstheit im Gang und womöglich ein neues Akkumulationsmodell im Entstehen ist, oder ob es sich nur um ein vorübergehendes Krisenmanagement handelt. Mehrere Texte in diesem Band gehen dieser Frage nach.

- Die Versuche, Weltmachtstatus zu erlangen und zu einem eigenständigen machtpolitischen Pol in der möglicherweise entstehenden multipolaren Weltordnung zu werden. Damit verbunden ist an erster Stelle die Konfrontation mit dem europäischen Nachbarn Russland, in der die EU sich seit Beginn der Verhandlungen zum Assoziierungsvertrag mit der Ukraine 2007 aktiv engagiert hat. Sie ist seither in mehreren Schüben bis zum russischen Einmarsch in die Ukraine und zum Übergang des Krieges zu einem Stellvertreterkrieg mit globalen Konsequenzen zwischen dem Westen und Russland eskaliert. Auch noch nach zwei Jahren Krieg setzt Brüssel ausschließlich auf die militärische Logik und verweigert sich diplomatischen Initiativen und entsprechenden Forderungen, wie sie von der UNO und aus dem Globalen Süden kommen. Stattdessen dient der Krieg als Legitimation für Aufrüstung, Militarisierung, Zensur und Repression nach innen und zur Demonstration einer brüchig gewordenen Einigkeit.

Beide Tendenzen sind dialektisch miteinander verschränkt. Aus Sicht des herrschenden Blocks ist der Rückgriff auf militärische Stärke notwendig, um einen geopolitischen und geoökonomischen Abstieg der EU zu verhindern, wie ihm umgekehrt ökonomische Stärke und Wettbewerbsfähigkeit notwendig erscheinen, um sich Aufrüstung und Militarisierung leisten zu können.

Die meisten Beiträge in diesem Band kreisen um die beiden Themen geopolitische EU und Veränderungen im ökonomischen Leitbild. Zwei Artikel gehen auch ausführlich auf die klima- und umweltpolitischen Dimensionen ein.

Die drei Texte am Schluss thematisieren in unterschiedlichen Formen die Lage der gesellschaftlichen und parteipolitischen Linken. In den Meinungsverschiedenheiten, die darin sichtbar werden, spiegeln sie ihrerseits den Zustand linker europapolitischer Debatten.

Judith Dellheim

Europapolitische Strategien herrschender und oppositioneller Kräfte

Am 15. Juli 1943 wurde in Berlin die antifaschistische Widerstandsgruppe »Europäische Union« (Robert-Havemann-Gesellschaft 2001) gegründet. Ihr Ziel war die »Zusammenfassung aller antifaschistischen Kräfte Europas«, um nach dem »Zusammenbruch Hitlers« die Macht zu übernehmen. Das wurde als Bedingung dafür gesehen, »alle ökonomischen und politischen Grundlagen des Faschismus durch Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung« überwinden zu können. Das sowjetische Modell galt nicht als Orientierung und es hieß: »Der Gedanke der vereinigten Staaten von Europa ist eine alte Hoffnung der Europäer [...] Heute ist Europa vorbereitet und reif für diese radikale Lösung. Hitlers Umsiedlungsaktionen und die Verschleppung gewaltiger Massen ausländischer Arbeiter nach Deutschland haben den Boden für eine gesamteuropäische Lösung bereitet.« Der Aufruf richtete sich insbesondere an die Zwangsarbeiter. Von den Hauptakteuren der Widerstandsgruppe, zu denen insbesondere russische und ukrainische Verschleppte gehörten, hat nur der spätere DDR-Oppositionelle Robert Havemann die Befreiung erlebt.

Hieran anknüpfend werden im vorliegenden Text EU-politische Strategien ausgehend von drei Prämissen diskutiert: erstens vom Ziel einer EU, die die Bedingungen dafür schafft, dass fortschreitend soziale, ökologische und globale Probleme demokratisch und nachhaltig, gerecht und solidarisch gelöst werden können; zweitens vom Prinzip des Internationalismus' emanzipativ-solidarischer Akteure; und drittens von historischer und selbstkritischer Reflektion, denn konkrete gesellschaftliche Zustände sind Ergebnis gesellschaftspolitischer Kräfteverhältnisse, der Verfasstheit und Stärke der emanzipativ-solidarischen Akteure.

Einige Gedanken führen zur Vorstellung und Diskussion der theoretischen Grundmodelle der EU-Entwicklung. Dem folgt eine Auseinandersetzung mit Konzepten aus der gegenwärtigen EU-Debatte. Der Beitrag schließt mit einem Hinweis an emanzipativ-solidarische Akteure bzw. linke Politik.

Grundmodelle der Europäischen Union

Fünf Gedanken zur Diskussion:

1. Die antifaschistische Widerstandsgruppe Europäische Union hat die Geschichte der EU nicht beeinflussen können: Zu keinem Zeitpunkt ging es im Integrationsprozess um ein internationalistisches Friedensprojekt. Die Kontinuität des Militärischen erfuhr auch mit dem Ende des Warschauer Paktes kein Ende. Bereits seit dem Brüsseler Pakt 1948¹ gab es rüstungspolitische und -wirtschaftliche Maßnahmen gegen die UdSSR und ihr Einflussgebiet. Seit 1949 agierte die NATO gegen sie. Bei der 1951 erfolgten Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) saßen Akteure am Tisch, die brutale Kolonialkriege führten. Mit Ausnahme Westdeutschlands waren die EGKS-Gründer auch NATO-Mitglieder. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) wurden 1957 ausschließlich durch NATO-Länder ins Leben gerufen. NATO-Beitritte und die Teilnahme an Militäreinsätzen gingen immer wieder Erweiterungen der EU/ihrer Vorgänger voran. Mit der Einheitlichen Europäischen Akte 1986 wurden die Weichen in Richtung Stärkung der globalen Position der Europäischen Gemeinschaft gestellt, geoökonomisch und geopolitisch im Bündnis mit den USA.
2. Die Diskussion über die Grundmodelle der Integration geht mit der Entfaltung von Kapitalverhältnissen einher, mit der Auseinandersetzung der Kapitaleigentümer und ihrer Manager mit Beschränkungen für ihre Kapitalverwertung durch die Quantität und Qualität der Ressourcen, Standort- und Marktbedingungen, Ordnungsrecht, die eigene Konkurrenzfähigkeit und die gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse. Da interessieren erforderliche Kapitalminima und Kooperationen, die Verfügbarkeit von Arbeitskräften und Produktionsmitteln von besonderer Qualität, die realen und erforderlichen technischen und ökonomischen Proportionen im Unternehmen und in der gesamten Ökonomie, staatliche und suprastaatliche bzw. EU-Gesetze zur Regulierung/Deregulierung von Kapitalrentabilität und Konkurrenz, Qualifikation, Beschäftigung und Migration, die staatliche und suprastaatliche Organisation von neuen Märkten, Währungs- und Geldsystemen, innerer und äußerer Sicherheit, Infrastrukturen usw.
3. Mit der Modelldebatte finden Interessenkämpfe unter den Kapitaleigentümern und -eliten statt. Neben der ökonomischen Konkurrenz gibt es Differenzen in der Einschätzung der politischen, der europäischen und globalen Situation, zum Umgang mit konkreten Krisen und menschheit-

¹ Militärischer Beistandspakt zwischen Frankreich, Großbritannien, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg.

lichen Existenzfragen, hinsichtlich der Zentralisierung und Dezentralisierung von politischen Entscheidungen, der Militarisierung, der Rolle der Finanzmarktakteure, nachhaltiger Industriepolitik, demokratischer, sozialer und ökologischer Standards, Migration, Frauenquoten, Aufwand-Nutzen- bzw. Risiken-Chancen-Abwägungen usw..

4. Wer sich der Widerstandsgruppe Europäische Union bzw. dem Ideal einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, die solidarisch und ökologisch handeln, verbunden sieht, kann folgendes Prinzip akzeptieren: Die an der Produktion konkreter Gebrauchswerte/Waren Beteiligten, an ihren Ergebnissen Interessierten und von ihren Auswirkungen Betroffenen sollen maximal an den Produktionsentscheidungen partizipieren können. Die Bedürfnisbefriedigung durch die Produktion soll maximiert, die eingesetzten Ressourcen, erforderlichen Transporte und ökologischen Belastungen sollen minimiert werden – bezogen sowohl auf das konkrete Produkt, Unternehmen und Territorium als auch auf die gesellschaftliche Produktion auf ihren verschiedenen Ebenen.
5. Die emanzipativ-solidarischen Kräfte, die gegenwärtig in ihrer strukturellen Krise und gesellschaftspolitisch in der Defensive stecken, sollten analysieren, welche Folgen die konkret ablaufenden und/oder möglichen Reform-, Organisations-, Erweiterungs-, Zerfalls-, Dezentralisierungs- und Zentralisierungsprozesse für den Erhalt und die Realisierung der unter 4. thematisierten Orientierung haben. Aufgrund der gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse und der bisherigen Geschichte würde der Zerfall bzw. die Demontage der EU Rassismus und Nationalismus anpeitschen. Die Kapitaleliten würden ihre ökonomischen Verluste auf die Lohnabhängigen und Bevölkerungsmehrheiten abwälzen. Egoismus und Gewalt würden weiter eskalieren. Möglichkeiten und Ressourcen für eine nachhaltige Lösung von sozialen, ökologischen und globalen Problemen würden zerstört.

Die beiden Grundmodelle der Integration

In den angedeuteten Interessenkämpfen und widersprüchlichen Entwicklungen haben sich die Herrschenden und Regierenden auf drei miteinander verbundene, den Lissabonner Vertrag prägende Grundsätze verständigt:

- Es wird die immer enger werdende Union angestrebt (C 326/49).
- Es soll eine Wirtschaftspolitik realisiert werden, »die auf einer engen Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, dem Binnenmarkt und der Festlegung gemeinsamer Ziele beruht und dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet ist« (C 326/96).
- Die EU-Mitglieder haben ihre militärischen Fähigkeiten konsequent zu vervollkommen und die »im Rahmen des ›Mechanismus zur Entwick-

lung der Fähigkeiten« festgestellten Lücken zu schließen» (C 326/276) (Europäische Union 2012).

Im Folgenden werden diese Grundsätze als »Einheitsdreieck« bezeichnet. Das heißt: Die EU-Mitglieder sollen schrittweise miteinander verschmelzen, aber das Endziel, die Finalität, ist ungeklärt. Die EU soll permanent global konkurrenzfähiger und militärisch handlungsfähiger werden. Dieses Einheitsdreieck mit seinem »immer enger, immer mächtiger« prägt einerseits das EU-Recht. Andererseits aber muss den Gegenteilstendenzen Rechnung getragen werden: »immer enger« ist nicht Konsens unter den sozial und politisch heterogenen Mitgliedstaaten und politischen Akteuren in der EU. Die gegenwärtige Verfasstheit der EU ist das Ergebnis von Interessenkämpfen um Organisations- und Verwaltungsprinzipien, die in Kompromisse münden und fortwährend neue »Reformdebatten« begründen. Aus solidarisch-emanzipativer Perspektive wären das Einheitsdreieck und das »immer enger, immer mächtiger« abzulehnen.

Dominierend war/ist die Auseinandersetzung um zwei Grundkonzepte:

- eine suprastaatliche Ordnung mit starken Institutionen und Vorrang des gemeinsamen Rechts und/oder
- eine enge zwischenstaatliche Zusammenarbeit, die keinen oder nur einen geringfügigen Souveränitätstransfer der Mitgliedstaaten an eine supranationale Ebene bedeutet.

Bundesstaat und/oder Staatenbund war und blieb die Streitfrage. Die Orientierung am Bundesstaat bzw. den »Vereinigten Staaten von Europa« geht einher mit dem Interesse an einer gemeinsamen Verfassung, der Anerkennung und Realisierung gemeinsamer Grundwerte und Prinzipien. In den vergemeinschafteten Politikbereichen² bestimmt das EU-Recht das Recht der Mitgliedsländer, und bei Entscheidungen zum EU-Binnenmarkt gilt die qualifizierte Mehrheit.³ Das Modell des Staatenbundes setzt hingegen auf starke souveräne Staaten mit finalelem Entscheidungsrecht und die Kooperation der Regierungen. Entscheidungen werden im Konsens der Mitgliedsländer getroffen. Das Europäische Parlament spielt nur eine stark untergeordnete Rolle, die Parlamente der Mitgliedstaaten sollen keine Beschneidung ihrer

² In den unten aufgeführten Bereichen ist einzig die EU berechtigt, Rechtsvorschriften zu erlassen. Es sei denn, sie räumt den Mitgliedsländern ausdrücklich die Möglichkeit ein, bestimmte Rechtsvorschriften selbst zu verabschieden: Zollunion, Regeln für den Binnenmarkt, Währungspolitik für die »Euro-Länder«, Handel und bestimmte internationale Abkommen, Objekte der gemeinsamen Fischereipolitik. Darüber hinaus gibt es geteilte, unterstützende und besondere Zuständigkeiten der EU (siehe Europäische Kommission Online; commission.europa.eu/about-european-commission/what-european-commission-does/law/areas-eu-action_de).

³ 55% der Mitgliedstaaten, die mindestens 65% der EU-Bevölkerung vertreten, stimmen mit JA.

Kompetenzen und Rechte erfahren. Für nur wenige Politikbereiche wird die Entscheidungsmacht an die transnationale Ebene delegiert.

Insbesondere Vertreter von Gründungsstaaten der EGKS verfolgen bisher das Modell des Bundesstaates, die Tendenz des »immer enger, immer mächtiger«. Das trifft allerdings nicht für alle Vertreter aller sechs Gründerstaaten zu allen Zeiten zu. So hatte insbesondere der französische Staatspräsident de Gaulle von seinem Premierminister das Konzept vom »Europa der Vaterländer und der Freiheit« (Informationszentrum Gaullismus O.A.) übernommen und prominent für den Staatenbund geworben. Die AfD verwendet in ihrem Europa-Wahlprogramm ebenfalls den Begriff »Europa der Vaterländer« (Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland 2023). Sowohl de Gaulle⁴ als auch die AfD⁵, die nicht in einen Topf gehören, stehen für ein »immer mächtiger« ihrer Länder in der Weltwirtschaft und in der militärischen Rüstung. Historisch wurde das Konzept des Staatenbundes insbesondere in den skandinavischen Ländern und in Großbritannien präferiert (vgl. Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung 2015). Während viele nationalistisch orientierte Kräfte den Staatenbund fordern, wollen internationalisierte harte Neoliberale mit Orientierung auf Globalisierungsgewinne bzw. Geoökonomie und Geopolitik meist den Bundesstaat, das »immer enger, immer mächtiger«. Das macht es den internationalistischen Linkskräften zusätzlich schwer: Sie sind gefordert, sowohl das Einheitsdreieck radikal zu kritisieren als auch die Konzeption des Staatenbunds, die die Ergebnisse von mehr als 60 Jahren widersprüchlicher Integrationsgeschichte ignoriert.

Die zentrale Frage für die Linkskräfte lautet: wie politikwirksamer werden, um sozial und ökologisch nachhaltiger Entwicklung näher zu kommen – auf allen widersprüchlich miteinander verbundenen Ebenen, von der lokalen Ebene über die regionale, staatliche, EU- und europäische Ebene bis hin zur globalen? Wie agieren, damit in den Auseinandersetzungen mit den Verfechtern des Einheitsdreiecks und von Nationalismus Profitmaximierung, Konkurrenz, Militarisierung, Gewalt gegen die Menschen und ihre natürlichen Lebensbedingungen gestoppt und zunehmend strukturell bekämpft, letztendlich überwunden werden können? Da interessieren auch und insbesondere die Zwischenformen im Integrationsstreit Bundesstaat versus Staatenbund, die Potenzen und Widersprüche der flexiblen und differenzierten Integration.

⁴ De Gaulle betrieb die nukleare Bewaffnung Frankreichs.

⁵ Die AfD konkurriert mit der Bundesregierung und der CDU/CSU um das Tempo bei der Bundeswehr-Aufrüstung (siehe Deutscher Bundestag 2023).

Zwischenformen – Differenzierungskonzepte

Auch und insbesondere die Verfechter des Einheitsdreiecks diskutieren die Frage, ob und wie flexible und differenzierte Integration mit Zwischenformen ihnen zugutekommen kann, wenn »immer enger, immer mächtiger« auf Dissens stößt. Bei den Zwischenformen wird EU-Recht auf verschiedene Mitgliedstaaten oder Gruppen von Mitgliedstaaten sowie auf einzelne Drittstaaten unterschiedlich angewendet und fortgeschrieben: In der EU-Praxis wurde bzw. wird flexible und differenzierte Integration in vielfältigen Formen realisiert, Opt-out Optionen werden beansprucht und akzeptiert. So sollen unterschiedliche Interessen der Mitgliedstaaten an konkreten Souveränitätsrechten ausgeglichen werden, und es kann vorerst oder langfristig darauf verzichtet werden, konkrete Rechtsprechung an die EU-Ebene zu delegieren. Vetos werden auf diese Weise vermieden. Aber auch Verfechter des Staatenbundes, Nationalisten und verschiedene Rechtskräfte wollen Differenzierungskonzepte nutzen, um stärker zu werden. Sie wollen so vielfach die Umsetzung von UN-Klima- und Nachhaltigkeitsvereinbarungen oder von internationalen Vereinbarungen zum Schutz besonders vulnerabler Menschen blockieren. Differenzierungskonzepte können aber auch entwickelt werden, um gerade solche Vereinbarungen forciert zu verwirklichen, sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung zu befördern.

Mit den unterschiedlichen Formen und Wirkungen der flexiblen und differenzierten Integration beschäftigt sich u. a. eine Ausarbeitung des Deutschen Bundestages (vgl. Deutscher Bundestag 2020); sie spricht von »Konzepten der Differenzierung« (ebd.: 4).

Von der Grundausrichtung her unterscheidet sie zwischen dem

- Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten,
- Förderalen Kerneuropa,
- Flexiblen Europa à la carte (ebd.).

Die EU der verschiedenen Geschwindigkeiten trägt der differenzierten Integrationsentwicklung der Mitgliedstaaten Rechnung: Einige Mitgliedstaaten nehmen zunächst an konkreten Integrationsschritten nicht teil, setzen sie zeitverzögert um.

Das Kerneuropamodell setzt auf einen festen Kreis von Integrationsschrittmachern, um Deutschland und Frankreich herum (vgl. Schäuble/Lamers 1994). Die anderen Mitgliedstaaten können und sollen sich anschließen. Ähnlich ist auch das Modell der EU konzentrischer Kreise zu verstehen: Einander überschneidende und nichtüberschneidende Klubs verschiedener Mitgliedstaaten werden für konkrete Politikfelder gebildet. Sie können für einzelne Vorhaben über den Status quo des Integrationsstandes hinausgehende Vereinbarungen treffen und sollen den anderen EU-Mitgliedern als Modell bzw. Vorbild dienen, dem gefolgt werden sollte.

Das Modell des flexiblen Europas à la carte steht für die Freiheit der EU-Mitglieder zur Wahl ihnen genehmer Integrationsregelungen und -projekte. Danach würde gelten:

- Die EU hat keinen festen Kern. Das Ziel der einheitlichen Integration bei Wahrung des *Acquis communautaire* ist hinfällig,
- föderale EU-Zielvorstellungen werden aufgegeben,
- die EU wird verstärkt am Interesse ihrer Mitglieder ausgerichtet.

Dieses Modell wurde bis zum Brexit auch in Großbritannien vertreten.

Die Ausarbeitung des Deutschen Bundestages enthält nicht den Begriff »variable Geometrie« oder »Geometrie der Integration«, obwohl er in der öffentlichen Diskussion benutzt wird. Dort steht er für die mögliche Teilnahme der EU-Mitglieder an verschiedenen Gruppen abgestufter Zusammenarbeit mit jeweils unterschiedlicher Zusammensetzung.

Das geltende EU-Primärrecht⁶ bietet punktuelle Freiräume für eine flexible und differenzierte Integration, die ergänzt werden kann durch das Instrument der Verstärkten Zusammenarbeit. So können mindestens neun Mitgliedstaaten die Teilnahme an einem Projekt in bindenden Rechtsakten vereinbaren. Eine Sonderform der Verstärkten Zusammenarbeit ist die militärische Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Andererseits gehören Opt-out-Regelungen zu den punktuellen Freiräumen. Dass die EU der unterschiedlichen Geschwindigkeiten bereits lange Praxis ist, zeigt die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU): Die EU-Mitgliedstaaten stimmten mit ihrem Beitritt zu den Verträgen zu, den Euro einzuführen (Artikel 3 EUV und Artikel 119 AEUV). Dafür wurde keine Frist festgelegt. Für Mitgliedstaaten, die noch nicht die Konvergenzkriterien erfüllen, gilt eine zeitweise Ausnahmeregelung. Das ehemalige EU-Mitglied Vereinigtes Königreich und Dänemark hatten jedoch mitgeteilt, dass sie nicht an der dritten Stufe der WWU teilnehmen und folglich auch nicht den Euro einführen wollen. Derzeit genießt nur Dänemark die Ausnahmeregelung zur Teilnahme an der dritten WWU-Stufe, die das Land allerdings auch beenden kann. Das Primärrecht ermöglicht ebenfalls sektoral differenzierte Integrationssschritte nach ihren unterschiedlichen Funktionalitäten oder Sachgebieten:

- Beibehaltung des Status quo oder Verstärkung unionsrechtlicher Schutzmaßnahmen,
- Aussetzung des Gesetzgebungsverfahrens zur Berücksichtigung länderspezifischer Besonderheiten im Bereich der sozialen Sicherheit sowie der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit,

⁶ Regelung der Kompetenzverteilung zwischen der EU und ihren Mitgliedern, rechtlicher Rahmen für die Formulierung und Umsetzung der Politik durch die EU-Institutionen.

- Berücksichtigung staatlicher bzw. regionaler Besonderheiten,
- Befreiung von Mitgliedstaaten vom Nachvollzug der Integration in bestimmten Politikfeldern bzw. Gewährung der Freiwilligkeit zur Teilnahme an Integrationsritten, insbesondere auf Grundlage von Opt-out-Regelungen in Protokollen (vgl. Deutscher Bundestag 2020: 9–10).

Umstritten ist der Grad der Verbindlichkeit von EU-Vorgaben im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Das betrifft insbesondere die unmittelbare Durchgriffswirkung in den Mitgliedstaaten, den Vorrang des EU-Rechts gegenüber dem Recht des EU-Mitglieds. Die GASP unterliegt prinzipiell dem Einstimmigkeitsprinzip. Allerdings eröffnet eine spezielle Brückenklausel die Möglichkeit, von der einstimmigen Beschlussfassung im Rat zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit überzugehen, wenn das zuvor vom Europäischen Rat einstimmig beschlossen wurde. Für Deutschland gelten im Bereich der GASP hohe verfassungsrechtliche Hürden zur Übertragung von Hoheitsbefugnissen auf die EU.

Für konkrete politische Projekte können Kombinationen verschiedener juristischer Elemente zur Anwendung kommen. So ist z. B. die Bankenunion eine rechtstechnische Kombination aus einer EU-Sekundärrechtsetzung,⁷ weitreichender Interpretation der EU-Verträge und einem ergänzenden völkerrechtlichen Vertrag, verbunden mit der Möglichkeit der Verstärkten Zusammenarbeit (vgl. Deutscher Bundestag 2020: 12).

Im Kontext mit flexibler und differenzierter Integration interessiert nicht zuletzt auch die emanzipativ-solidarischen Akteure das Modell eines Europas der Regionen, das – wie der Name sagt – der Idee von starken Regionen folgt. Ihnen sollen größere Mitspracherechte zukommen. Seit dem Maastrichter Vertrag ist der Ausschuss der Regionen als beratendes Organ im politischen Gefüge der EU institutionalisiert. Es geht um den Grundsatz der Subsidiarität, wonach Probleme auf der niedrigsten politischen Ebene gelöst werden sollen. Allerdings gibt es keine allgemeingültige Definition von »Region« und die Ressourcenausstattung und Kompetenzen der Regionen sind in den EU-Mitgliedsländern sehr unterschiedlich. Viele Repräsentanten der Regionalebene und föderal organisierter Staaten orientieren auf das Europa der Regionen (vgl. Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung 2015). Aber damit ist nicht der Standortkonkurrenz unter den Regionen der Kampf angesagt, und während die Linken auf Demokratisierung pro sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung zielen, geht es den extremen Rechten und Rechtspopulisten um wachsenden Einfluss zur strukturellen Schwächung von Andersdenkenden und Andersseienden.

⁷ Auf den Grundsätzen und Zielen der Verträge aufbauende Rechtsvorschriften in Gestalt von Verordnungen, Richtlinien, Beschlüssen, Empfehlungen und Stellungnahmen.

Zur aktuellen Debatte

Anfang Oktober 2023 haben 35 ehemalige hochrangige EU-Repräsentanten wie Jean Claude Juncker ein »Manifest für eine Europäische Union in der Zeit des neuen Kalten Krieges« (O.A. 2023) vorgelegt. Sie machen den »lang anhaltenden Krieg in der Ukraine« und die »Verschärfung des Konflikts zwischen den USA und China« als »die entscheidenden Momente unserer Zeit« aus. »Eine neue Weltordnung« sei »im Entstehen begriffen, und wenn die Europäische Union ein unausgeglichenes Konstrukt bleibt, wird sie bei der Gestaltung dieser Ordnung keine Rolle spielen.« Gestützt auf die Konferenz zur Zukunft der EU (vgl. Europäische Kommission 2022) fordern die 35 anzuerkennen, dass eine »neue Verbindung zwischen den staatlichen Politiken [...] und zwischen der staatlichen und der EU-Ebene« erforderlich sei. »Wir könnten diese Entwicklung als »schrittweisen und pragmatischen Föderalismus« bezeichnen.« Um also den anstehenden und künftigen Herausforderungen entsprechen zu können, müsse sich die EU »mit einer »Kombination aus einem stabilen Rechtsrahmen und angemessenen Haushaltsbefugnissen« ausstatten.

Langfristig angelegte offene Arbeitsbereiche wie die Bankenunion und die Kapitalmarktunion sollten zu einem positiven Abschluss gebracht werden [...] und das Ziel der Fiskalunion [muss] auf den Tisch gelegt werden. Andernfalls würde die EU nicht in der Lage sein, ihre grüne und digitale Agenda zu verfolgen«, aber sie würde »sowohl innenpolitisch als auch auf der globalen Bühne verwundbar bleiben«. Das Abstimmungsverfahren müsse im Vorfeld künftiger EU-Erweiterungen reformiert werden, denn diese Erweiterungen seien geopolitisch erforderlich und sowohl ein Veto als auch Sanktionen gegen »Abweichler« wären verheerend. Es müsse daher möglich sein, »in genau definierten Bereichen [...] die Integrationsgrenze voranzutreiben, mit variabler Geometrie [...] vorzugehen.«⁸

Diese Reformen würden also das Einheitsdreieck forcieren und dafür gezielt Differenzierungskonzepte anwenden. Sie sollten nach Meinung der 35 im Wahlkampf um die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments eine wichtige Rolle spielen.

Das Europäische Parlament seinerseits hatte im Juni 2022 einen Konvent zur Revision der Europäischen Verträge gefordert. Sein Ausschuss für konstitutionelle Fragen hatte der Plenartagung im November 2023 einen Bericht zur Abstimmung vorgelegt, der Vorschläge für eine Vertragsrevision unterbreitet. Das EP hat diese Vorschläge angenommen (vgl. Europäisches

⁸ Alle Zitate in diesem Textabschnitt beziehen sich auf das »Manifest« der Europäischen Union zur Zeit des Neuen Kalten Kriegs.

Parlament 2023) und damit folgende Orientierung beschlossen: Ein echtes Zweikammersystem soll geschaffen und das Abstimmungsverfahren im Rat verändert werden. Das Parlament soll das volle Initiativrecht und die Mitentscheidungsrolle für den langfristigen Haushalt erhalten. Die Regeln für den Vorsitz und die Zusammensetzung der Kommission, künftig »Europäische Initiative« genannt, sollen überarbeitet werden. Die Zahl der Kommissare soll auf 15 begrenzt und ein Rotationsprinzip zwischen den Mitgliedstaaten eingeführt werden. Der Kommissionspräsident/die Kommissionspräsidentin solle ihr Kollegium auf der Grundlage politischer Präferenzen wählen können, wobei für geografische und demografische Ausgewogenheit zu sorgen wäre. Der Rat soll wesentlich transparenter werden und die Standpunkte der Mitgliedstaaten zu legislativen Fragen veröffentlichen. Die Bevölkerung soll mehr Mitspracherecht erhalten und die Rolle der europäischen politischen Parteien soll gestärkt werden. Die Abgeordneten sollen mehr EU-Befugnisse in Umweltfragen erhalten. Öffentliche Gesundheit, Katastrophenschutz, Industrie und Bildung sollen künftig in den gemeinsamen Zuständigkeitsbereich der EU fallen. Die gemeinsame Zuständigkeit in den Bereichen Energie, auswärtige Angelegenheiten, äußere Sicherheit und Verteidigung, Außengrenzpolitik und länderübergreifende Infrastruktur soll ausgebaut werden.

Die Robert-Schuman-Stiftung hat sich mit den verschiedenen Vorschlägen auseinandergesetzt. Inhaltlich folgt sie dem Manifest der 35. Sie hat darauf verwiesen, dass sich das Dilemma zwischen der Vertiefung und der Erweiterung der EU in neuer Dimension zeige und dass es nur in der Kombination von Vertiefung und Erweiterung gelöst werden könne. Die Stiftung fokussiert auf »echte EU-Industriepolitik« und »echte gemeinsame Verteidigungspolitik mit eigener einsatzfähiger Streitmacht«. Man brauche ein umfassendes geopolitisches Konzept als Grundlage für die Außenpolitik, um z. B. direkt Entscheidungen über Waffenlieferungen und Sanktionen treffen zu können (vgl. Triantafyllou 2023: 2–3). Was dabei »der Industrie« in der »offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb« zugutekommt, kann der Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI) nur unterstützen. Er fordert, dass in der kommenden Legislaturperiode die EU-Institutionen im »Interesse der Wirtschaft« und der »Sicherheit« konkrete, von ihm sehr detailliert untersetzte »Initiativen prioritär vorantreiben« (BDI 2023).

Im deutlichen Kontrast zum Manifest der 35, den Beschlüssen des EP, der Schuman-Stiftung, dem BDI usw. wird im Wahlprogramm von BSW inhaltlich gegen das Einheitsdreieck und für eine entsprechende Nutzung von Differenzierungskonzepten argumentiert. »Heute zeigen sich die Grenzen der politischen Integration«, (Bündnis Sahra Wagenknecht 2024: 1) heißt es in der Präambel, und zur verstärkten Zusammenarbeit kontra Liberalisierung und Militarisierung und Militäreinsätze findet sich z. B.: »[...] von der Digi-

talisierung [...] bis zu einer vernünftigen Finanzmarktregulierung, von einer eigenständigen europäischen Außenpolitik bis zu einer Antwort auf die zunehmenden Konflikte in der Welt bräuchten wir dringend Konzepte, die zumindest von einer größeren Zahl europäischer Länder gemeinsam getragen werden« (ebd.: 2). Das kann als Kampf um die Richtung und die Art und Weise der Entwicklung der EU verstanden werden, was sozialistische Akteure als Herausforderung zur Debatte annehmen sollten.

Kurzer Hinweis an emanzipativ-solidarische Akteure bzw. für linke Politik

Die EU als ein von Beginn an radikal zu kritisierendes Kapitaleliten-Projekt im transatlantischen Bündnis ist ein fragiles hybrides Konstrukt aus verschiedenen Organisations- und Verwaltungsmodellen. Die internationalistischen, emanzipativ-solidarischen Akteure sind gefordert, diese Kritik insbesondere als Suche nach politischen Handlungsmöglichkeiten und Ringen um ihre Nutzung und Erweiterung zur eigenen politischen Praxis zu machen. Das bedeutet u. a., Freiräume und Hilfsmittel im EU-Recht und in den EU-Institutionen aufzuspüren, auch wenn aus internationalistischer emanzipativ-solidarischer Perspektive gegen dieses Recht zu opponieren ist. So werden politische Strategien gebraucht, die eine variable Geometrie pro sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung aufnehmen. Das setzt voraus, das EU-Recht und die EU-Institutionen zu kennen und sich so in seine Fortschreibung einzubringen, dass Handlungsmöglichkeiten im Sinne des 4. Gedankens (siehe S. 151) erhalten und ausgebaut werden.

Das erfordert aber zugleich, sich nicht auf das Recht zu fixieren und fähig zu werden, es demokratisch zu brechen, wenn es dringliche Problemlösungen verstellt. Dafür sind alle Instrumente demokratischer Politik zu nutzen – vom Protest mittels Straßenblockade über die Kommunalpolitik und Gewerkschaftsarbeit, die Arbeit in Parlamenten und Verwaltungen bis hin zur Teilnahme an Regierungen. Das alles muss zugleich mit konsequentem Kampf gegen die Menschenfeindlichkeit der Rassisten, Nationalisten, politischen und religiösen Fundamentalisten einhergehen.

Solange aber die Linken in Deutschland – vor allem DIE LINKE – und in Westeuropa nicht ihr politisches Versagen insbesondere seit der globalen Finanzkrise und vor allem gegenüber dem versuchten griechischen Frühling 2015 analysieren, wird es keine wirksame linke EU-Politik geben. 2010 versandete die Europäische Sozialforumsbewegung, seit 2015 gibt es keine breite europäische Debatte über das gemeinsame linke Ringen um einen erforderlichen EU-Richtungswechsel.

Die »Historische Mission« (CVCE 2013) der neuen Linksfraktion im Europäischen Parlament bestünde darin, zu helfen, den überfälligen Neubeginn vorzubereiten. Die Beschäftigung mit der Widerstandsgruppe Europäische Union und ähnlichen Projekten wie dem italienischen »Manifest von Ventotene« kann dabei inspirieren, insbesondere für die Auseinandersetzung mit Faschismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus.

Literatur

- Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (2015): Leitvorstellungen und Motive. In: Politische Bildung Brandenburg Online vom Februar 2015; politische-bildung-brandenburg.de/themen/die-europ%C3%A4ische-union/leitvorstellungen-und-motive (20.2.2024).
- Bündnis Sahra Wagenknecht (2024): Programm für die Europawahl 2024. In: BSW – Ver nunft und Gerechtigkeit Online; bsw-vg.de/wp-content/uploads/2024/02/BSW_Europawahlprogramm_2024.pdf (20.2.2024).
- Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland (2023): Leitantrag der Bundesprogrammkommission zur Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg. In: AfD Online vom 14.6.2023; afd.de/wp-content/uploads/2023/06/2023-06-14_Leitantrag-Europawahlprogramm_.pdf (20.2.2024).
- Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) (2023): Europa stark machen – mit einer wettbewerbsfähigen Industrie. In: BDI Online vom 26.10.2023; bdi.eu/publikation/news/europas-herausforderungen-meistern-mit-einer-wettbewerbsfaehigen-industrie (20.2.2024).
- Centre Virtuel de la Connaissance sur l'Europe (2013): Das Manifest von Ventotene (1941). In: CVCE Online vom 2.12.2013; cvce.eu/content/publication/1997/10/13/316aa96c-e7ff-4b9e-b43a-958e96afbecc/publishable_de.pdf (20.2.2024).
- Deutscher Bundestag (2020): Differenzierte Integration in Europa. In: Bundestag Fachbereich Europa Online vom 27.10.2020; bundestag.de/resource/blob/810866/e2015ec67fe07f73390cba33eb2fa229/PE-6-090-20-pdf-data.pdf (20.2.2024).
- Deutscher Bundestag, Parlamentsnachrichten (2023): Verteidigung – Gesetzentwurf — hib 533/2023. AfD will Rüstungsbeschaffungen beschleunigen. In: Bundestag Online vom 6.7.2023; bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-957084 (20.2.2024).
- Europäische Kommission (2022): Konferenz zur Zukunft Europas. In: Europäische Kommission Online vom Mai 2022; commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/new-push-european-democracy/conference-future-europe_de (20.2.2024).
- Europäische Kommission (O.A.): Bereiche der EU-Politik. In: Europäische Kommission Online; commission.europa.eu/about-european-commission/what-european-commission-does/law/areas-eu-action_de (20.2.2024).
- Europäisches Parlament (2023): Die Zukunft der EU: Vorschläge des Parlaments zur Änderung der Verträge. In: Europäisches Parlament Online vom 22.11.2023; europarl.europa.eu/news/de/press-room/20231117IPR12217/die-zukunft-der-eu-vorschlaegedes-parlaments-zur-anderung-der-vertraege (20.2.2024).
- Europäische Union (2012): Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Konsolidierte Fassung). In: EUR-Lex vom 26.10.2012; eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:12012E/TXT (20.2.2024).

- Informationszentrum Gaullismus (O.A.): Deuxième Partie: La Doctrine Européenne Gaulliste. In: Informationszentrum Gaullismus Online; gaullisme.net/europe-gaulliste.html (20.2.2024).
- O.A. (2023): The European Union at the time of the New Cold War: A Manifesto. In: Centre for Economic Policy Research & Vox EU Online vom 4.10.2023; cepr.org/voxeu/columns/european-union-time-new-cold-war-manifesto (20.2.2024).
- Robert-Havemann-Gesellschaft (2001): Robert Havemann und die Widerstandsgruppe »Europäische Union«. In: Havemann-Gesellschaft Online; www.havemann-gesellschaft.de/publikationen/buchpublikationen/robert-havemann-und-die-widerstandsgruppe-europaeische-union (14.5.2024).
- Schäuble, Wolfgang/Lamers, Karl (1994): Überlegungen zur europäischen Politik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik. Blätter 10/94. Berlin, S. 1272ff.
- Triantafyllou, Dimitris (2023): Treaty revision: is Europe ready for a qualitative leap? In: Robert-Schuman-Stiftung Online vom 6.11.2023; robert-schuman.eu/en/la-lettre/1043 (20.2.2024).

Linke Europapolitik – drei Fragen, drei Antworten

Ein Streitgespräch mit Heinz Bierbaum, Thies Gleiss
und Daphne Weber

Europapolitik ist in der gesellschaftlichen Linken umstritten. Im folgenden Gespräch kommen verschiedene Sichtweisen zu Wort. Heinz Bierbaum ist Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Thies Gleiss ist Sprecher der Antikapitalistischen Linken in der Partei DIE LINKE. Daphne Weber ist Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der Partei DIE LINKE.

Thomas Sablowski/Peter Wahl: *Im Management ihrer multiplen Krisen – Finanz- und Eurokrise, Coronapandemie usw. – hat die EU zu staatsinterventionistischen Maßnahmen gegriffen. Auch in der geoökonomischen Konkurrenz reagiert sie jetzt mit Industriepolitik und Protektionismus. Ist das das Ende der neoliberalen Verfasstheit? Gibt es ein Comeback keynesianischer Politik? Was bedeutet das für linke Politik?*

Heinz Bierbaum: In der Tat haben die Krisen zu einer Veränderung der Politik und zu mehr staatlichen und öffentlichen Eingriffen geführt. So hat insbesondere die Pandemie in der Europäischen Union zu Veränderungen geführt. Es wurde der Stabilitäts- und Wachstumspakt suspendiert und der Fonds »Next-GenerationEU« mit direkten Finanzhilfen geschaffen, um die sozioökonomischen Auswirkungen der Corona-Krise zu bekämpfen.

Dies stellt eine Wende in der europäischen Finanzpolitik dar, die bislang solche direkte Finanzierung immer abgelehnt hat. Damit wurde die neoliberale Austeritätspolitik zumindest zeitweilig ausgesetzt. Neben der Pandemie sind es insbesondere die ökologischen Herausforderungen, die staatliche Interventionen und eine verstärkte Diskussion um Industriepolitik zur Folge haben. So wird mit dem »European Green Deal« ein Instrument geschaffen, Europa bis 2050 klimaneutral zu gestalten. Allerdings soll dies wesentlich durch marktwirtschaftliche Maßnahmen geschehen, so dass der »European Green Deal« letztlich im neoliberalen Rahmen befangen bleibt. Als Reaktion auf den US-amerikanischen »Inflation Reduction Act«, mit dem die amerikanische Wirtschaft klimagerecht und zukunftsfest gemacht werden soll, hat die EU ein milliardenschweres Investitionsprogramm beschlossen, den »Green Deal Industrial Plan«, womit die Regeln für staatliche Hilfen gelockert werden.

All dies zeigt eine gewisse Abkehr vom neoliberalen Dogma, doch wird es selbst nicht wirklich aufgegeben. Gerade die gegenwärtige Diskussion zeigt,

dass keineswegs eine grundsätzliche Veränderung der europäischen Politik angestrebt wird, sondern dass wieder zu einer strikten Austeritätspolitik zurückgekehrt werden soll. Die Situation ist widersprüchlich. Es gibt Tendenzen in Richtung keynesianischer Politik, doch nach wie vor beherrscht neoliberales Denken die Politik. Gemessen an ihren Zielsetzungen ist die neoliberale Politik gescheitert, doch sie selbst ist damit nicht beendet. Die Kritik an ihr wächst. Allerdings nicht nur von links, sondern auch von rechts – mit starker nationalistischer Ausrichtung.

Für die Linke bieten die widersprüchliche Lage und das Scheitern neoliberaler Politik Chancen. Es gilt an den Widersprüchen anzusetzen. So fordert sie zu Recht nicht nur die Suspendierung, sondern die Aufgabe des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Die Grenzen des »European Green Deal« müssen durch eine Investitionsoffensive und aktive Industriepolitik überwunden werden. Entsprechende Vorschläge hat die linke Fraktion im Europaparlament »The LEFT« ebenso wie die Partei der Europäischen Linken vorgelegt.

Thies Gleiss: Der Leitgedanke des Neoliberalismus – »der Markt soll alles regeln, die Politik muss den Regeln des Marktes hinterhergehen« – stand bei den ersten Schritten, die zur heutigen Europäischen Union führten, nur wenig im Fokus. In den Anfangsjahren ging es darum, einen gemeinsamen Markt der kapitalistischen Staaten Europas zu schaffen, der groß genug ist, um mit den Hauptkonkurrenten USA und »ihrem Heimmarkt« in Nord-, Mittel- und Südamerika sowie Japan und »seinem Heimmarkt« in Ostasien zu konkurrieren und genügend Investitionskraft für die technologischen Erneuerungen im Verkehrswesen, in der Biochemie, der Kommunikationsindustrie und weiteren Schlüsselsektoren bereitzustellen.

Das waren politische Ziele, die von der Frontstellung im Kalten Krieg gegen das nicht-kapitalistische Lager in der Welt und auch von einer kontrollierten Integration des Weltkriegsverlierers Deutschland in das westliche Lager begleitet wurden. Die Schaffung eines gemeinsamen Staates – mit Einheitswährung, Staatsbürgerschaft, Sozial- und Steuerpolitik sowie gemeinsamer Militärpolitik – stand allerdings damals nicht ernsthaft zur Debatte.

Das änderte sich mit dem Aufkommen des Neoliberalismus und dem Ende des nichtkapitalistischen Blocks Ende der Achtzigerjahre. Jetzt wurde eine Verfasstheit der sich schrittweise realisierenden Europäischen Union erforderlich, die nicht nur die ökonomische Konkurrenz – auch zunehmend mit den neuen globalen Playern China und Russland – im europäischen Interesse regelte, sondern die auch das innere Kräfteverhältnis in der EU im Sinne der starken Mitgliedstaaten abbildete. Nun sollte das nackte kapitalistische Marktgeschehen im Mittelpunkt stehen (die berühmten Freiheiten des Kapitals), mit der einzigen Ausnahme, dass die Freizügigkeit der Ware Arbeits-

kraft, eigentlich eine der Grundbedingungen der kapitalistischen Produktionsweise, nur eingeschränkt zugelassen wurde.

Eine auf marktwirtschaftliche Hilfsdienste beschränkte Staatsverfassung – so wie sie in den Grundlagenverträgen der EU angelegt ist – konnte niemals die in Sonntagsreden gepriesene »Idee Europa« verwirklichen. Die Mitgliedstaaten sollten ausdrücklich ihre Souveränität über wichtige, vor allem mit sozialen Kosten verbundene, politische Bereiche behalten. Die Macht der jeweils mit soliden nationalen Mutterstandorten versehenen Konzerne, die gnadenlos die unterschiedliche Entwicklungsgeschwindigkeit und die Profitratengefälle innerhalb der EU ausnutzten, wurde nie angetastet.

Die wirtschaftliche Entwicklung der EU hat deshalb die bestehenden ökonomischen und politischen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten niemals gemindert, sondern nur verschärft.

Die seit 2007 aufkommende Finanzkrise änderte am Grundgedanken dieser ökonomisch begrenzten »Union« nichts, aber es ging das wichtigste »moralische« Element verloren: Bisher waren alle Mitgliedstaaten trotz aller ökonomischen Ungleichheiten »Gewinner« der EU. In der Regel zum Preis einer wachsenden Staatsverschuldung, aber die wurde von der Gemeinschaft gelassen gewährt. Mit der Finanzkrise ging das nicht mehr weiter. Die Staatsverschuldung, die ihre neue Hauptquelle jetzt in der staatlichen Übernahme privater Bankverschuldung hatte, erdrückte die Möglichkeiten der Mitgliedstaaten und offenbarte, dass nur noch die starken Ökonomien, allen voran Deutschland, zu den Gewinnern der EU zählen.

Die derart gebeutelten Mitgliedstaaten hatten nur eine Möglichkeit der Gegenwehr: Die Beschränkungen der EU-Verfassung mussten durch nationalstaatliche Alleingänge durchlöchert oder schlicht umgangen werden. Das wurde politisch dadurch beschleunigt, dass in fast allen Staaten rechte nationalistische und rassistische Parteien anwuchsen, die ihre Anhängerschaft mit einer starken EU-Kritik mobilisierten.

Die folgenden großen Krisen – die beschleunigte Zerstörung von Klima und Biosphäre, das Aufkommen einer weltumspannenden Pandemie, die wachsende Herausforderung mit Menschen, die aus den ökonomisch, militärisch und ökologisch zerstörten Regionen der Welt in das reiche Europa drängten und zuletzt die brutale Rückmeldung des russischen Imperialismus im weltweiten Konkurrenzkampf um Märkte und Einflusszonen – haben immer mehr aufgezeigt, dass die ökonomisch beschränkten Grundlagen der EU zu einer Handlungsunfähigkeit führen. Der erforderliche Staatsinterventionismus (eher Diktatur der EU-Kommission oder noch kleinerer Zirkel) ist deshalb vor allem eine permanente Verletzung der eigenen Vertragsgrundlagen. Gleichzeitig verstärkt er immer wieder die nationalstaatliche Verselbständigung einzelner Mitglieder und den Einfluss rechter nationalistischer Parteien.

Daphne Weber: Durch die Lockerung der Schuldenregeln und neue Investitionspolitiken eröffnen sich Spielräume für linke Politik. Der Schlachtruf, um den wir auf dem Parteitag 2019 noch gestritten haben, dass die EU »undemokratisch, militaristisch, neoliberal« sei, ist, was den Neoliberalismus angeht, nicht mehr 100% zutreffend, obwohl sich neoliberale Elemente in der Politik der EU fortsetzen. Das betrifft besonders die deutsche Rolle in der EU. Finanzminister Lindner spielt hier eine besonders unrühmliche Rolle und blockiert quasi alles, was auf gemeinsame Schuldenaufnahme oder gemeinsam finanzierte Investitionen hinausläuft.

Großprojekte wie der European Green Deal müssen eine eindeutigere soziale Seite aufweisen, denn der ökologische Umbau kann nur auf soziale Weise vonstatten gehen, mit Absicherungen und Jobgarantien. So kann auch der tief sitzenden Angst vor Veränderung begegnet werden, die im Moment viele Menschen in die Arme rechter Kräfte treibt, die die Angst vor ökologischer Modernisierung schüren und gleichzeitig die Menschen belügen, dass alles so bleiben kann, wie es ist, und sie ihren bescheidenen Wohlstand zu sichern vermögen.

Mit diesen, von den Rechten regressiv beantworteten Abstiegsängsten müssen auch linke und im weitesten Sinne progressive Kräfte umgehen. Der Kulturkampf von rechts, der mit Triggerworten wie Lastenfahrrädern, Gendern und »kriminellen Ausländern« geführt wird, scheint mehr Emotionen auszulösen als wichtige investitions- und verteilungspolitische Fragen, die immer auch Fragen der sozialen Gerechtigkeit sind. Der Soziologe Steffen Mau hat dazu mit seinem Team 2023 eine wichtige Studie vorgelegt. Die große Frage lautet für mich, wie eine (emotionale) Politisierung der Oben-Unten-Konflikte statt rechter Ressentiments gelingen kann.

Geopolitisch beobachten wir nicht nur seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine sowie der Verhängung von Sanktionen eine wieder verschärfte Blockkonfrontation zwischen den USA auf der einen und Russland, China sowie etlichen Staaten des Globalen Südens auf der anderen Seite. Der US-amerikanische Inflation-Reduction-Act ist einerseits ein ambitioniertes Investitionsprogramm, von dem sich die EU eine Scheibe abschneiden kann, andererseits eine Reaktion auf den ökonomischen Aufstieg Chinas, muss also auch als Baustein in der neuen Blockkonfrontation betrachtet werden. Für die EU bedeutet das, dass sie gut beraten wäre, sich weder zum Anhängsel des einen noch des anderen Blocks zu machen. Das wird unter Stichworten wie »Blockfreiheit« oder »strategische Autonomie« diskutiert und läuft in der Konsequenz auf die Entwicklung einer eigenen sozialökologischen Wirtschaftspolitik hinaus, die von manchen als Protektionismus verschrien wird.

Linke Kräfte sollten allerdings nicht nur für Investitionen, soziale Absicherungen, Blockfreiheit und eine Lockerung der Schuldenbremsen plädieren.

ren, sondern über diesen sozialdemokratischen Standpunkt hinausgehen. Sonst besteht die Gefahr, dass man einer Standort-Europa-Politik das Wort redet, die Ausbeutung des Globalen Südens für die Wirtschaft der europäischen Zentren, die ungerechte Handelspolitik (sowohl innerhalb der EU, als auch global betrachtet) und die Abschottung sich fortsetzen als Preis eines irgendwie gearteten neuen Klassenkompromisses für die Industriearbeiterschaft, der noch nicht einmal die Sorge- und Dienstleistungsberufe in europäischen Ländern umschließt.

Die EU beteiligt sich – mit Modifikationen und im Verbund mit der NATO – an der Globalstrategie der USA, durch die die Gefahr eines Krieges zwischen den großen Mächten wächst und die Konflikte in vielen Ländern verschärft werden. Was bedeutet das für die lohnabhängigen Klassen und für die Aussichten der ökologischen Wende?

Heinz Bierbaum: Die Außenpolitik der EU mit ihrer bedingungslosen Unterstützung des Hegemoniestrebens der USA wirkt eskalierend und verschärft die Kriegsgefahr. Die Unterstützung der aggressiven NATO-Politik heizt die internationalen Spannungen an. Sie trägt damit zugleich zur Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der lohnabhängigen Klassen bei. Denn der Krieg in der Ukraine selbst, aber auch die hohen Rüstungsausgaben führen zu stark steigenden Lebenshaltungskosten und so zu Abstrichen in der sozialen Sicherung. Die erheblich angestiegenen und weiter steigenden Militärausgaben in allen europäischen Ländern beschränken nicht nur die Spielräume für die Bekämpfung der großen sozialen Probleme, sondern sind auch in ökologischer Hinsicht außerordentlich schädlich. Denn jeder Cent, der für das Militär und die Rüstung ausgegeben wird, fehlt bei der Bekämpfung des Klimawandels. Krieg selbst ist ja die größte Umweltkatastrophe. Somit besteht ein enger Zusammenhang zwischen Friedens- und Klimabewegung.

Es bedarf einer grundlegenden Veränderung der Außenpolitik der EU. Sie muss unabhängiger werden und für eine neue Entspannungspolitik eintreten, anstatt sich der NATO und den USA unterzuordnen und damit die gefährliche Blockkonfrontation zwischen den USA und China anzuzünden, wie dies auch bei den letzten NATO-Gipfeln in Brüssel, Madrid und Vilnius deutlich wurde. Freilich besteht wenig Hoffnung, dass es zu einer solchen Veränderung kommt. Die Linke jedenfalls muss diesem Kurs entschieden entgegenreten.

Thies Gleiss: Die Militärpolitik spielte in der Geschichte der EU immer eine wichtige Rolle. Zunächst in der Konkurrenz des französischen und britischen Imperialismus mit den Kriegsverlierern Deutschland und Italien, zusätzlich

auch in der Dialektik einer Konkurrenz mit dem US-Imperialismus und gleichzeitiger machtpolitischer und technologischer Abhängigkeit von Washington. Mit den Verträgen von Maastricht und Lissabon und in den folgenden Jahren wurde die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU immer mehr verdichtet. Leitgedanken waren dabei die Beibehaltung der NATO als disziplinierendes Rahmenbündnis, aber gleichzeitig systematische Stärkung eines eigenen europäischen Militärbeitrages. Eigentlich sollte als dritte Achse auch die Stärkung eines eigenen militär-industriellen Komplexes in Europa erfolgen, aber die Fortschritte in dieser Hinsicht trotten der militärpolitischen Zielsetzung immer wieder hinterher, aufgrund der Konkurrenz der Rüstungskonzerne in den einzelnen Mitgliedstaaten.

Die jüngsten Entwicklungen zeigen, dass der Großvater der Imperialismustheorien, Lenin, mit seiner Analyse heute so richtig liegt wie zu seiner Zeit im Ersten Weltkrieg. Es geht auf dem Hintergrund einer weitgehend abgeschlossenen Aufteilung der Welt unter den kapitalistischen Staaten und den unter ihrem jeweiligen Schutz operierenden Konzernen um einen scharfen Kampf um die Neuaufteilung der Marktherrschaft und Einflusszonen.

Gegner sind aktuell vor allem die neuen großen globalen Player China und Russland, denen gegenüber es bestimmte gemeinsame Interessen zwischen den USA und der EU gibt, aber niemand sollte sich Illusionen machen, dass es nicht auch zwischen diesen alten Rivalen schnell wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen, über Handelskriege hinaus, kommen kann.

Für die politische Linke, für Gewerkschaften und alle fortschrittlichen, pazifistischen Kräfte sollte in dieser Situation klar sein, dass es kein gemeinsames Interesse mit den europäischen und US-amerikanischen Kriegstreibern gibt. Richtlinie kann nur sein, den Kriegskurs zu verhindern, Waffenproduktion und Waffenlieferungen zu stoppen und zu boykottieren. Jeder Cent für Waffen fehlt bei den wichtigen Innovationen im Kampf gegen die Klimakatastrophe; statt in Waffen müssen große Summen für die Demokratisierung und Behebung der Ungleichheit in der Welt bereitgestellt werden. Militär und Krieg bleiben die größten Umweltzerstörer und Feinde der Klimagerechtigkeitsbewegung.

Daphne Weber: Als ob die Probleme mit Klimakrise und Armut nicht schon groß genug wären für die Menschheit! Es stehen uns nun vermutlich eine Zunahme an Kriegen und neue Realitäten in der Geopolitik bevor, z.B. erweitern sich als Gegenakteur zur NATO die im Aufstieg befindlichen BRICS-Staaten. Seit dem Angriffskrieg Russlands hat die NATO wieder Konjunktur und neue Legitimationsstrategien gefunden. Sie erscheint Ländern wie z.B. Finnland und Schweden als Schutz vor einem expansiven Nachbarn Russland.

Im Nahen Osten explodiert ein Pulverfass (ich schreibe diese Zeilen im Januar 2024 und weiß nicht, wie sich dieser Brandherd entwickeln wird), die USA üben Vergeltungsschläge gegen Huthi-Rebellen, nachdem diese im Roten Meer Handelsschiffe attackiert hatten. Im Sudan schwelt ein kaum beachteter Krieg. Waffen aus deutscher Produktion sind weltweit im Umlauf. Ich könnte jetzt eine ganze Weile lang so weitererzählen.

Nicht nur sind Krieg, Terror, Vertreibung die schlimmsten Umstände, denen Menschen ausgesetzt sein können. Leben und Heimaten werden zerstört, Menschen für immer verstümmelt und traumatisiert. Das muss man sich immer wieder vor Augen führen, wenn man allzu sehr abstumpft, weil überall abstrakt über Krieg gesprochen wird.

Der Fokus auf Krieg, Aufrüstung und Abschreckung nimmt sowohl Aufmerksamkeit wie Ressourcen von den drängenden Fragen der globalen Armutsbekämpfung, der Gesundheits- und Bildungspolitik, Gleichberechtigung und Emanzipation, als auch des Umweltschutzes und der Maßnahmen gegen die Klimakrise weg. Gepaart mit den regressiven, rechten Bewegungen und ihren Sinnangeboten an Abstiegsängste und Furcht vor Krieg ergibt sich ein recht düsteres Bild: Aufrüsten und Abschotten. Damit treiben sie die Mitteparteien vor sich her.

Mit der sich verschärfenden Klimakrise und ihren Folgen zeichnen sich große Ressourcenkonflikte in der Wirtschaftsform des Kapitalismus ab, die auch militärisch ausgetragen werden sowie Fluchtbewegungen hervorrufen, die in einer Logik der Abschottung auch militärisch gestoppt werden könnten. Ich könnte jetzt schlicht antworten, dass wir die große Bewegung der Lohnabhängigen für soziale Gerechtigkeit und Solidarität gegen Krieg aufbauen müssen. Das stimmt ja auch. Die Bewegungspotenziale von 2018/19, als mit »Unteilbar« eine Viertelmillion auf der Straße war und mit Fridays for Future mehrfach über 1 Million, sind erloschen und hatten kaum machtpolitische Konsequenzen. Hoffnung macht, dass durch die Arbeitskämpfe der vergangenen beiden Jahre Zehntausende in die Gewerkschaften eingetreten sind. Wir brauchen den Druck der Gewerkschaften als genuine Interessenvertreter und letzte Großorganisationen der abhängig Beschäftigten gerade in den multiplen Krisen.

Es werden harte Jahre. Eine Regierung wie die Ampel, in die ich bei aller Kritik auch Hoffnungen gesetzt habe, wird nach der nächsten Bundestagswahl bei der Übermacht des rechten Blocks Geschichte sein. Was die EU betrifft, so ist ihre Politik stark abhängig davon, wie die Regierungen der einzelnen Nationalstaaten aufgestellt sind, besonders diejenigen der führenden Mächte innerhalb der EU.

Die Militärpolitik der EU wird schon länger mit Projekten wie PESCO oder dem ironischerweise »Europäische Friedensfazilität« genannten Fonds vo-

rangetrieben. Zaghafte Entwicklungen, wie die Lockerung der Schuldenregeln, werden mit einer zunehmenden Rechtsentwicklung durch rigide Sparpolitik gestoppt werden. Kürzungspolitik und die Aushebelung sozialer Rechte sind das Metier der marktradikalen Rechten. Schaut in ihre Labore wie etwa nun Argentinien unter Javier Milei.

Ich weiß nicht, wo wir in zwei bis sechs Jahren stehen, sowohl sozial-, klima-, als auch geopolitisch. Meine Hoffnung bleibt die Hoffnung selbst, dass die Klasse an sich zur Klasse für sich wird, ohne einer Verelendungstheorie an dieser Stelle das Wort reden zu wollen.

Integrationspolitisch steckt die EU auf dem Weg zur »immer engeren Union« (Präambel der Verträge) seit geraumer Zeit fest. Derzeit gibt es eine widersprüchliche Gemengelage von zentrifugalen Tendenzen, die sich z.B. in der Migrationspolitik, der Nahostpolitik, der deutsch-französischen Führungs rivalität zeigen, und integrativen Maßnahmen, z.B. der NextGenerationEU-Fonds, Anleihekaufprogramme der EZB, Mindestlohnrichtlinie etc. Wie sieht Ihr die integrationspolitischen Perspektiven? Was ist wahrscheinlich? Was ist wünschenswert?

Heinz Bierbaum: Zweifellos nehmen die Desintegrationstendenzen zu. Dies liegt nicht nur an den inneren Widersprüchen oder etwa der deutsch-französischen Rivalität, sondern vor allem auch am Aufstieg der extremen Rechten. Überall in Europa hat die extreme Rechte einschließlich offen faschistischer Kräfte erheblich zugelegt. Damit werden sowohl nationalistische Tendenzen als auch eine ausgrenzende und rassistische Politik gestärkt. Hinzu kommen erhebliche Demokratiedefizite in der Konstruktion der EU wie das Übergewicht der Europäischen Kommission und die eingeschränkten Rechte des Europäischen Parlaments.

Die europäische Integration kann nur gestärkt werden, wenn die europäische Politik grundsätzlich verändert wird. Dazu haben die Linksfraktion im EP ebenso wie die Europäische Linke Vorschläge gemacht. Die politische Position der EL kommt im Dokument zum Ausdruck, das auf ihrem Kongress im Dezember 2022 angenommen wurde. Danach liegen die Schwerpunkte im Engagement für Frieden und Abrüstung, in der Bekämpfung der Teuerung der Lebenshaltungskosten, der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, der Ausweitung der öffentlichen Dienste. Die zur Bekämpfung des Klimawandels notwendige sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft ist das zentrale Thema der EL. Es wird davon ausgegangen, dass europäische Politik veränderbar ist, wie die Erfahrungen mit der Pandemie zeigen. Es geht nicht um die Frage EU ja oder nein, sondern um Ausrichtung und Gestaltung europäischer Politik.

Thies Gleiss: Diese Diagnose kann noch schärfer zusammengefasst werden: Die EU steckt nicht fest, sie ist gescheitert. Eine Alternative aus linker, fortschrittlicher Sicht kann nur in der Überwindung der EU liegen. Es geht nicht um eine Politik des Mitgestaltens, sondern um eine Politik der Verhinderung der kriegstreiberischen und sozial wie ökologisch desaströsen Praxis und Zielsetzung der EU.

Als die EU ihr brutales Gesicht gegenüber der linken Mobilisierung und Regierung in Griechenland offenbarte und zu diktatorischen und erpresserischen Maßnahmen unter der Führung der deutschen Regierung griff, hat die europäische Linke in der Solidarität mit Syriza und der griechischen Arbeiterklasse völlig versagt.

Als die britische Öffentlichkeit zur allgemeinen Überraschung der herrschenden Klasse in der EU (einschließlich der damals dominierenden Kräfte bei den Konservativen in Britannien) für einen Austritt aus der EU votierte, gab es leider nur eine kleine Kampagne der Linken – unter dem Namen »Lexit« – die praktische Alternativen zur EU und zur nationalistisch-rassistischen Kampagne der Tories aufzeigen wollte. Insbesondere die Labour Party hat trotz eines gewaltigen zeitweiligen Aufschwungs versagt, eine linke Alternative zur EU zu präsentieren.

Aber genau das war damals und ist heute die zentrale Aufgabe der Linken. Es gibt mehrere Ansätze für eine solche linke Alternative zur EU: Ein »Europa von Unten« ist schon lange in vielen Bereichen Realität. Gemeinsame Mobilisierungen und Austausch von gewerkschaftlichen Kräften; länderübergreifende Politik in den und gegen die Konzerne; internationale Aktionen und Kampagnen der Bewegung für Klimagerechtigkeit; grenzenlose Solidarität mit Geflüchteten und gegen die Abschottung der Festung Europa; gemeinsamer Kampf gegen die Einschränkung demokratischer Rechte und gegen die Überwachungsstaaten. All das mag noch klein und bescheiden sein, muss aber im Mittelpunkt einer europäisch aufgestellten Linken stehen.

Die rechten Parteien in Europa praktizieren schon lange, vor allem dort, wo sie regieren, eine Politik des Verweigerns bestimmter Vorgaben aus den EU-Verträgen. Das müssen auch die Linken machen. Eine tägliche Politik des Verweigerns ist möglich – auf nationaler und auch kommunaler Ebene. Das führt zu Streit und Gerichtsverfahren, aber ohne das wird keine Bewegung für eine wirkliche »europäische Idee entstehen«.

Das ist auch die einzige Möglichkeit, eine Alternative sowohl zur bürokratischen, imperialistischen und militaristischen EU von heute als auch zur rassistischen Idee der Rechten von einem »Europa der Vaterländer« aufzuzeigen.

Letztlich müssen die politischen Parteien der Linken und Mitglieder dieser Parteien verstärkt gemeinsame Initiativen ergreifen. Der Internationalismus erwächst heute aus fast jeder Frage der Tagespolitik, aber die linken

Parteien werden dem nicht gerecht. Dabei eröffnen die neuen Kommunikations- und Reisemöglichkeiten, Übersetzungshilfen und die Ausweitung der internationalen Arbeitsteilung gigantische Chancen für den Aufbau einer neuen, sozialistischen Internationale.

Daphne Weber: Jetzt habe ich die vorangegangene Frage mit einer dunklen Dystopie beendet. Das ist aber nur die eine Seite. Die Mindestlohnrichtlinie beispielsweise ist ein sehr guter Schritt, der zeigt, wie die EU konkreten Nutzen für die Menschen bringen kann – die Frage ist, wer überhaupt mitbekommt, dass es sich um EU-Politik handelt.

Ein großes Problem ist die fehlende europäische Öffentlichkeit, vor allem für die Opposition. Wenn wir etwas von der EU erfahren, dann meist nur Korruptionsvorfälle, oder wenn jemand mit »Hallo Diktator« begrüßt wird – Negatives und Kurioses. Einzelne oppositionelle Abgeordnete, wie etwa Martin Sonneborn oder Clare Daly, haben auf Social Media eine große Followerschaft, Ausschnitte ihrer Reden erreichen ein Millionenpublikum. Insgesamt ist aber wenig über Europapolitik bekannt.

Wenn sich die Tendenz der letzten Jahre fortsetzt, wird die EU immer weiter ausgreifen. Mittlerweile verfügt jede Kommune über einen Beauftragten, der sich der EU und ihren Richtlinien widmen muss. Hier wäre es wünschenswert, dass der damit einhergehende Bürokratiewust abgebaut wird.

Auch innerhalb der EU gab es Absetzbewegungen im rechten Lager, man denke an Orbán in Ungarn. Mittlerweile nehmen die Rechten eine andere Haltung zur EU ein. Das wird ideologisch flankiert von einem Konzept »Europa der Vaterländer«, das vorsieht, die EU aber trotzdem klug zu nutzen – siehe Italien unter Meloni, oder die beiden rechten Fraktionen im Europaparlament, die dort Ressourcen abgreifen.

Wie die nächsten Wahlen in Deutschland und Frankreich ausgehen, kann nicht mit letzter Gewissheit beantwortet werden, aber die verschiedenen rechten und rechtsradikalen Parteien waren in Frankreich extrem stark, in Deutschland pendelt sich die AfD bei über 20% ein, die CDU als stärkste Kraft fährt unter Merz einen scharfen Rechtskurs. Als stärkste Gegenkraft erscheinen die Grünen, die sich stabil halten, die SPD rutscht ab. Die übrigen Parteien sind marginalisiert (vgl. ZDF-Politbarometer Januar 2024). Vor dem Hintergrund dieser EU-weiten Entwicklungen, die für fast jedes Land mit wenigen Ausnahmen, wie etwa Irland oder Spanien, zu beobachten sind, müssen integrationspolitische Perspektiven diskutiert werden.

Rechte und rechtsradikale Parteien gehen mit der EU als Kampffeld um, wobei sie geschickt mit den Konservativen zusammenarbeiten. Sie integrieren die EU mittlerweile in ihre Schlachtpläne einer neurechten Revitalisierung der Vorstellung vom »Abendland«, die stark auf einer ethnoregionalen Ideo-

logie von White Supremacy beruht. Eine rechte, rechts geführte EU mit starken rechten Parteien im Europaparlament ist für sie vorstellbar geworden.

Währenddessen leistet sich die deutsche Linkspartei, keine eigenständige strategische Europapolitik zu entwickeln. Auch die Europäische Linke als Zusammenschluss verschiedener Linksparteien ist extrem fragil, die größeren Mitglieder ziehen sich zurück, die unterschiedlichsten Haltungen von Kommunisten bis zu den nordischen Linken ermöglichen lediglich Formelkompromisse. Handlungsfähigkeit aufzubauen hieße, sich genau mit den realen europapolitischen Gegebenheiten auseinanderzusetzen und eine Funktionsbestimmung für linke Kräfte in Europa vorzunehmen. Darauf müsste eine Politik nach vorne formuliert werden, die konkrete Projekte verfolgt und die Vorstellung eines anderen Europas in Ansätzen greifbar macht.

Ihr habt jetzt in einer letzten Runde die Möglichkeit, direkt auf die jeweiligen Statements einzugehen.

Heinz Bierbaum: Thies Gleiss ist der Auffassung, dass die EU gescheitert sei und es einer linken Alternative zur EU bedarf. Er plädiert für ein »sozialistisches Europa von unten«, das aus Massenkämpfen entstehen soll. In der Zielsetzung der Schaffung eines sozialistischen Europas stimme ich durchaus überein. Ich halte aber seine strategische Ausrichtung für falsch. Das nahezu ausschließliche Setzen auf Kämpfe von unten verkennt die reale Lage und ist letztlich ein voluntaristischer Ansatz, da materiell nicht begründet. Eine Massenbewegung von unten ist nicht erkennbar.

Freilich gibt es gewerkschaftliche Kämpfe, die es zu unterstützen gilt. So etwa bei Ryanair oder bei den Hafendarbeitern. Sie sind bislang jedoch marginal. TUNE (Trade Unionists Network Europe), das europäische Netzwerk linker Gewerkschafter, hat zur gewerkschaftlichen Vernetzung und zur Diskussion eines anderen Europas beigetragen, auch die Politik europäischer Gewerkschaftsorganisationen beeinflusst, doch von einer wirklichen europäischen gewerkschaftlichen Bewegung sind wir weit entfernt. Interessanterweise spielen in der linken Diskussion und Konzeption europäischer Politik die Europäischen Betriebsräte keine Rolle. Auch wenn sie in ihren Rechten und vor allem auch bislang in ihrer Wirksamkeit betrieblicher Interessenvertretung begrenzt sind, sind sie doch die einzige betriebliche europäische Organisation der Beschäftigten. Sie könnten gerade bei Arbeitskämpfen eine koordinierende Rolle auf europäischer Ebene übernehmen. Es gibt durchaus Beispiele in diese Richtung, so etwa bei der Auseinandersetzung um den französischen Konzern Alstom.

Die Negation der EU ist keine sinnvolle Strategie. Die EU muss zumindest als Handlungsfeld anerkannt werden. Dies ist inzwischen in der

europäischen Linken weitgehend Konsens. So spielen auch Überlegungen, aus der Währungsunion oder der EU austreten zu wollen, praktisch kaum mehr eine Rolle. Es ist unerheblich, ob man die EU für reformierbar hält oder nicht. Es geht um europäische Politik.

Für die Linke war immer klar, dass die Verträge von Maastricht und Lissabon keine Grundlage für die Entwicklung eines Europas darstellen, das wir wollen, nämlich ein demokratisches, soziales, ökologisches und friedliches Europa, sondern dass sie neoliberale Politik zur Folge haben. Die Corona-Krise hat allerdings gezeigt, dass Änderungen möglich sind. Für die Linke kommt es darauf an, auch unter den gegebenen Bedingungen Politik im Interesse der Lohnabhängigen zu machen. Hier gibt es gewisse Erfolge wie bei der durch die Linke im Europaparlament bewirkten Aufhebung der Patente bei den Impfstoffen oder der Richtlinie zum europäischen Mindestlohn. Man muss sich klarmachen, dass europäische Regelungen gerade die Arbeitsbedingungen stark beeinflussen. Und wie wichtig solche Regelungen sind, zeigt folgendes Beispiel. Zurzeit findet eine Auseinandersetzung um das Lieferkettengesetz statt. Kürzlich fand eine von der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierte Veranstaltung mit Gewerkschaftsvertretern der pakistanischen Textilarbeiter statt, wo deutlich wurde, wie hilfreich eine europäische Ergänzung des deutschen Lieferkettengesetzes wäre. Das wäre auch ein Stück praktischer Internationalismus.

Linke Europapolitik kann sich nicht auf parlamentarische Initiativen beschränken, sondern muss diese mit außerparlamentarischen Aktionen und in der Tat mit Kämpfen von unten und dabei besonders mit gewerkschaftlichen Kämpfen verbinden. Notwendig ist ein Bruch mit der neoliberalen Politik, verbunden mit der Perspektive eines anderen, eines sozialistischen Europas. Und in diesem Zusammenhang sei gerade auch im Hinblick auf den enormen Rechtsruck an das *Manifest von Ventotene* erinnert, das eine antifaschistische und sozialistische europäische Föderation zum Ziel hatte.

Thies Gleiss: Linke oder nach meinem Geschmack »sozialistische« Politik muss immer als Ausgangspunkt die unversöhnliche Kritik an und Opposition zur kapitalistischen Produktionsweise und zur Politik der dieser Ordnung ergebenden Regierungsparteien haben. Das gilt auch und in mancher Hinsicht sogar besonders für linke Europapolitik. Nur dadurch wird das Fundament für eine breit verankerte Massenbewegung für ein demokratisches und sozialistisches Europa geschaffen. Diese Notwendigkeit für ein beherztes Nein zu einem kapitalistischen Vereinigungsprojekt Europa scheinen Daphne Weber und Heinz Bierbaum nicht anzuerkennen – auch sie wollen, wie zum Beispiel auch die deutsche LINKE in ihrem Europawahlprogramm 2024, durch Mitgestalten und schrittweises Reformieren die Entwicklungsrichtung der EU verändern.

Diese Rechnung wird nicht aufgehen. Die Geschichte der Linken und der Arbeiterbewegung, die sich fast von Beginn an um den berühmten Streit um Reform oder Revolution drehte, hat immer wieder gezeigt, dass einzelne beschränkte Reformen nicht automatisch zu einer Überwindung der grundsätzlichen gesellschaftlichen Verhältnisse führen. Um eine solche Dynamik auszulösen, ist immer eine breite, politisch unabhängige und selbstständig organisierte Bewegung für eine andere Gesellschaftsordnung erforderlich. Die ununterbrochene Kette von traurig gescheiterten Reformregierungen mit Beteiligung von Linken und den immer wieder folgenden »Neugründungen« von linken Parteien, die es diesmal etwas revolutionärer und entschlossener anpacken wollten, ist dafür Beweis genug.

Aber gegenüber der konkreten Europäischen Union ist ein solcher Blick auf die grundlegende Schwierigkeit reformistischer Politik gar nicht nötig. Die EU ist von ihrem Charakter und ihrer Entstehungsgeschichte kein offener Prozess. Sie ist ein schlichtes Vertragswerk zwischen kapitalistischen Kräften, ähnlich einem Fusionsvertrag zwischen zwei privaten Konzernen. Die Linke, die Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften oder andere soziale Oppositionskräfte wurden bei diesem Projekt nie einbezogen. Das gilt bis heute, was schon bei einem Blick auf die riesige Liste von Lobbyvereinen deutlich wird, die versuchen, auf die Politik in Brüssel direkt und indirekt Einfluss zu nehmen. Die Anzahl von unabhängigen oder gewerkschaftlichen Strukturen ist extrem gering und mehr als der Katzentisch wird ihnen bei der Ausgestaltung und Beförderung der EU-Politik nicht zugestanden.

Das Endergebnis dieses kapitalistischen Kooperationsprojektes namens EU steht seit Beginn fest und wird nur im Rahmen dieser feststehenden Zielsetzung aktualisiert und ergänzt.

Deshalb muss am Anfang jeder linken Europapolitik ein strategisch klares Nein zur EU stehen. Der Rest ist Taktik – Art und Umfang der Beteiligung an Wahlen und Gremien, Reaktion auf einzelne EU-Vorhaben und Bündnisse mit anderen politischen Kräften. Das strategische Nein muss immer bleiben – sonst geht die Linke unter, wie sich in den letzten Jahren immer wieder gezeigt hat.

Heute kommt noch eine gravierende Frage hinzu: Die Krise der EU und ihre Beschränktheit auf ökonomische Mechanismen zur Profitsicherung des Kapitals haben zum Aufschwung von rechten, nationalistischen und rassistischen Kräften geführt (in dieser Reihenfolge und nicht etwa umgekehrt, wie viele in der Linken heute erzählen). Das konzentriert sich in der rechten Forderung, statt der EU ein »Europa der Vaterländer« aufzubauen. Die neueste Parteigründung in Deutschland – das Bündnis Sahara Wagenknecht – hat unglücklicherweise diese Parole etwas anders formuliert, aber in der Sache sich gleich zu eigen gemacht.

Das ist keine linke Politik. Ein Konzept eines »sozialistischen Europas von Unten«, das aus den Kämpfen gegen die Konzernpolitik und ihre Umsetzung auf EU-Ebene entsteht, ist das genaue Gegenteil eines »Europa der Väterländer«, nämlich praktizierter Internationalismus.

Daphne Weber: Ich beginne damit, was mich mit Thies Gleiss' Haltung verbindet: Die Orientierung auf Klassenkämpfe, auf eine Perspektive von unten, auf Bewegungen, die sich Sparpolitiken, Rechtsruck, Krieg und dem Abbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte entgegenstellen. Der Platz einer linken Partei ist an der Seite dieser Mobilisierungen und dieser sozialen Kämpfe. Außerdem stimme ich mit Thies überein, dass in der EU die Interessen des Kapitals dominieren – Thies und ich wollen beide den Kapitalismus überwinden, und dass an seine Stelle eine andere Wirtschaftsform tritt, die bedürfnisorientiert, sozial und demokratisch gestaltet ist, statt den Profit für wenige ins Zentrum zu stellen. Die EU kann nicht grundsätzlich anders werden, wenn es keine Änderung der Verträge gibt, um zu demokratisieren oder Vorschriften über Sparpolitiken abzuschaffen. Einsparungen und soziales Elend sind letztlich Nährboden für rechte Kräfte – vor allem, wenn die Linken zu schwach sind –, da sind wir drei einer Meinung.

Mein Unterschied zu Thies liegt darin begründet, dass ich die EU als Wirklichkeit und damit als politisches Kampffeld anerkenne. Ein »Nein« zur EU ist letztlich abstrakt, da man sich im Konkreten die Frage stellen müsste, was denn die reale politische Konsequenz wäre. Ein Austritt Deutschlands etwa? Nach den Erfahrungen des Brexits und allen Problemen, die er gebracht hat, lehne ich das ab.

In meiner Generation wird die EU auch mit positiven Aspekten verbunden, das kann man nicht ignorieren. Natürlich müssen Linke auf die Fehler der EU hinweisen und aufklären, aber die Verfasstheit des Alltagsverstands der jungen Generation, die mit der EU aufgewachsen ist, zu ignorieren, wäre unangemessen. Die Frage für die Mehrheit dieser jungen Leute ist, was die Linke und die Partei Die Linke ihnen zur EU und Europa vorschlägt. Was sind unsere Ideen für eine soziale, ökologische und friedliche Zukunft? Und ja, lieber Thies, wie sind sie umsetzbar in den politischen Möglichkeiten, die wir in einer kapitalistischen Wirtschaft und in einem Gebilde wie der EU haben?

Man könnte jetzt sagen, das ist reformorientiert, und ja, das ist es auch. Konkrete Reformideen zu entwickeln ist für mich keine Schande. Revolutionäre Realpolitik zeichnet sich genau dadurch aus, konkrete Vorschläge für die nähere und mittelbare Zukunft zu machen und gleichzeitig die Perspektive des Fernziels einer anderen Gesellschaft wach zu halten.

Die ferne Vision muss natürlich bereits in den konkreten Realpolitiken angelegt sein, z. B. macht es keinen Sinn, wenn eine Linke der Wohnungspri-

vatisierung das Wort redet. Wenn sie aber Zukunftsinvestitionen und Industriepolitik (die ja auch nur eine keynesianische, sozialdemokratische Politik sind) befürwortet, diese konkret und faktenbasiert begründen kann, dann kann darin der Keim einer stärker gesteuerten, sozial absichernden, klimafreundlichen Wirtschaft mit guten Jobs gefunden werden. Eine Linke darf, wie ich bereits ausgeführt habe, bei solch einem Vorgehen nicht stehen bleiben, sonst würde sie das den Kapitalismus Überwindende, das Alle(!)-Verhältnisse-Umzuwerfende, das Revolutionäre vergessen. Das wollen Thies und ich ja beide nicht, obwohl wir von unterschiedlichen Prämissen, die uns die Wirklichkeit setzt, ausgehen.

Zum Abschluss ist mir wichtig: Wir bewegen uns in einem Spannungsfeld. Um eine wirksame Politik formulieren zu können, müssen wir einerseits von den materiellen Gegebenheiten ausgehen. Das sind ökonomische, politische, aber auch kulturelle und alltagsverständliche Umstände, die das Bewusstsein der Menschen beeinflussen. In diesen Gegebenheiten müssen wir operieren, sonst träumen wir nur. Andererseits müssen und wollen wir eine Vision in die Zukunft entwerfen, hier bin ich gar nicht gegen das Träumen. Die konstruktive Frage ist: Wie überwinden wir diesen Spagat? Menschen haben z. B. Angst vor ökologischen Maßnahmen, gleichzeitig sind sie notwendig und eine Linke kann nicht regressiv einfach nicht über Klimapolitik reden.

Die Zwänge der EU und die mangelnde Öffentlichkeit für europäische Politik, auch innerhalb der Partei Die Linke, stellen uns vor große Herausforderungen; trotzdem brauchen wir konkrete Vorhaben, am besten solche, bei denen wir mittelfristig sogar Erfolge erzielen können. Die Linke, sowohl partei- als auch gesellschaftspolitisch, braucht ein dialektisches, aber eben inhaltlich konkreteres Verhältnis zum Raumschiff und seinem Betrieb in Brüssel.

Welche Funktion erfüllt Die Linke im Europaparlament und wie agiert sie entsprechend als Kollektiv? Wie stärkt die linke Parteienfamilie grenzübergreifende soziale Bewegungen? Wo setzt sie inhaltliche und Ressourcen betreffende Prioritäten (ja, immer sehr schmerzhaft Prozesse)? Und ist es möglich, eine dezidiert linke, europäisch-internationalistische Idee und Identität zu entwerfen und dann auch populär zu machen? Solche Fragen weisen aus meiner Sicht nach vorne zu einer strategisch und taktisch sinnvollen linken Europapolitik.

Autorinnen und Autoren

Hans-Jürgen Bieling, Dr., ist Professor für Politische Ökonomie am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen der Internationalen Politischen Ökonomie und der Europäischen Integration.

Heinz Bierbaum, Dr., ist Professor i. R. für Betriebswirtschaft an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes und Vorsitzender des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Andreas Bohne, Dr., ist Leiter des Afrikareferates im Zentrum für internationalen Dialog der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Judith Dellheim, Dr., ist diplomierte und promovierte Politökonomin und Fellow der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied des Steering Committee der Euromemorandum Gruppe, Mitglied von SERI Germany e.V. Sie ist aktiv beim Berliner Energietisch und in der Partei DIE LINKE.

Klaus Dräger war langjähriger Mitarbeiter der Linksfraktion im Europäischen Parlament (GUE/NGL) im Bereich Beschäftigungs- und Sozialpolitik, jetzt im Ruhestand.

Thies Gleiss ist gelernter Maschinenschlosser, 30 Jahre im Betriebsrat, Gewerkschafter im mittelständischen Industriebetrieb und seit Jahrzehnten aktiv in der Gewerkschafts- und Umweltbewegung. Außerdem ist er Gründungsmitglied der Partei Die LINKE, Mitglied im Bundessprecher:innenrat der Strömung »Antikapitalistische Linke« und bis 2022 war er Mitglied im Parteivorstand.

Cornelia Hildebrandt ist Diplom-Philosophin und Referentin für Parteien und soziale Bewegungen sowie für Fragen zum weltanschaulichen Dialog im Zentrum für Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Seit 2020 ist sie auch Co-Präsidentin von *transform! Europe*.

Jörg Kronauer ist Soziologe und freier Journalist. Er lebt in London und ist Redakteur des Nachrichtenportals german-foreign-policy.com. Er schreibt unter anderem für konkret und junge Welt.

Boniface Mabanza Bambu, Dr., ist seit 2008 Koordinator der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) und Trainer für Entwicklungspolitik, Dekolonisierung und Antirassismus. Er promovierte an der Universität Münster zum Thema »Gerechtigkeit kann es nur für alle geben. Globalisierungskritik aus afrikanischer Perspektive«.

Birgit Mahnkopf, Dr., ist Professorin i. R. für europäische Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin.

Thomas Sablowski, Dr., ist Referent für Politische Ökonomie der Globalisierung im Zentrum für Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Ingar Solty ist Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik im Zentrum für Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Felix Syrovatka, Dr., ist Politikwissenschaftler und Postdoctoral Researcher am Promotionskolleg »Gerechtigkeit durch Tarifvertrag« im Institut für Arbeitsrecht der FU Berlin. Letzte Buchveröffentlichung: »Neue Europäische Arbeitspolitik. Umkämpfte Integration in der Eurokrise« (Frankfurt a. M./New York 2022).

Jürgen Wagner ist Politikwissenschaftler und Historiker sowie geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Peter Wahl hat Gesellschaftswissenschaften mit Schwerpunkt Internationale Beziehungen und Romanistik in Mainz, Aix-en-Provence und Frankfurt a.M. studiert. Zuletzt erschien von ihm 2023 im VSA: Verlag die Flugschrift »Der Krieg und die Linke. Bellizistische Narrative, Kriegsschuld-Debatten und Kompromiss-Frieden«.

Daphne Weber studierte Kultur- und Literaturwissenschaft in München und Hildesheim. Sie forscht an der Humboldt-Universität Berlin zu politischen Slogans und Werbemitteln und ist Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der Partei DIE LINKE.

Uwe Witt ist Referent für sozial-ökologische Transformation im Zentrum für Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung.